

US-Zivilbeschäftigte des Pentagons werden bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres am 30. September jede Woche einen Tag in unbezahlten Zwangsurlaub geschickt.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 095/13 – 17.07.13

Tausende zivile Angestellte des Pentagons müssen jede Woche einen Tag unbezahlten Urlaub nehmen

Von Lolita C. Baldor, The Associated Press
STARS AND STRIPES, 05.07.13

(<http://www.stripes.com/news/us/furloughs-begin-next-week-for-thousands-of-dod-civilians-1.229168>)

WASHINGTON – Mehr als 650.000 Zivilangestellte des US-Verteidigungsministeriums werden ab der nächsten Woche den ersten von 11 unbezahlten Urlaubstagen nehmen müssen; aber die Gehaltseinbußen, die sie dadurch in den kommenden drei Monaten erleiden werden, sind gering im Vergleich mit denen, die drohen, weil viele von ihnen im nächsten Jahr entlassen werden könnten.

Etwa 85 Prozent der fast 900.000 über die ganze Welt verstreuten Zivilbeschäftigten werden nach jüngsten Angaben des Pentagons in Zwangsurlaub geschickt. Durch Umschichtungen bei den Ausgaben konnte die Anzahl der unbezahlten Urlaubstage diesmal noch begrenzt werden, wenn die automatischen Budgetkürzungen aber auch 2014 greifen, sind Tausende Jobs von Soldaten, Zivilisten und bei Vertragsfirmen bedroht.

Verteidigungsminister Chuck Hagel will die Senatoren Anfang nächster Woche darüber informieren, wie sich die nächste Welle von Ausgabenkürzungen nach der Rasenmäher-Methode auf das Budget seines Ministeriums auswirken wird; das hat sein Pressesprecher George Little angekündigt. Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums haben sich zwar noch nicht detailliert zu den Auswirkungen der Kürzungen geäußert, aber General Ray Odierno, der Generalstabschef der Army, hat davor gewarnt, dass rund 100.000 aktive Soldaten, Nationalgardisten und Reservisten ihre Jobs verlieren könnten, wenn es der Kongress zulässt, dass die automatischen Budgetkürzungen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar auch im nächsten Jahr vollzogen werden.

Anfängliche Hoffnungen, dass die Anzahl der unbezahlten Urlaubstage reduziert werden könnte, haben sich zerschlagen. Statt dessen wird bereits jetzt über noch weitergehende Ausgabenkürzungen im Jahr 2014 diskutiert. Weil das Verteidigungsministerium den Zwangsurlaub höchstens auf 22 Tage pro Jahr ausdehnen darf, könnte es aus Ersparnisgründen sogar vermehrt zu Entlassungen kommen.

Bis zum Ende des Haushaltsjahres am 30. September werden Zivilangestellte – vom hochbezahlten politischen Berater über die Lehrerin bis zum Lagerarbeiter – einen Tag pro Woche keine Telefonanrufe oder E-Mails beantworten, (weil sie nicht arbeiten). Das Verteidigungsministerium will dadurch 1,9 bis 2,1 Milliarden Dollar einsparen.

Das Ministerium hat es den Chefs vor Ort überlassen, wie sie die arbeitsfreien Tage in die zweiwöchigen Entlohnungsperioden einpassen wollen. Dabei sind aber komplizierte

Rechtsvorschriften zu beachten, die ihnen oftmals verbieten, abwesende Zivilbeschäftigte durch Soldaten zu ersetzen.

"Wegen der reduzierten Arbeitszeit für 650.000 Zivilbeschäftigte wird es vermutlich Probleme in einigen Aufgabenbereichen geben," erklärte Little. "Weil wir das vorher schon wussten, haben wir vorbeugende Maßnahmen getroffen, um sicherzustellen, dass Aufgaben von höchster Priorität möglichst wenig beeinträchtigt werden."

In einigen Fällen werden die Vorgesetzten versuchen, (von Zwangsurlaub) Betroffenen, durch Kurzzeit-Zusatzjobs finanzielle Einbußen zu ersparen; allerdings wird das nur in sehr begrenztem Umfang möglich sein.

"Wir wissen, dass sich der Zwangsurlaub negativ auf die Arbeitsmoral unserer Zivilbeschäftigten auswirken wird, und wir sind nicht besonders glücklich darüber, dass wir ihnen das zumuten müssen," fügte Little hinzu. "Wir hatten aber keine andere Wahl."

Alle Betroffenen wurden in den letzten Wochen schriftlich über den anstehenden Zwangsurlaub benachrichtigt. In den Briefen wurde ihnen auch mitgeteilt, "dass sie während ihrer Beurlaubung nicht freiwillig unbezahlt weiterarbeiten dürfen, ihrem Arbeitsplatz fernbleiben müssen und auch keine anderen Tätigkeiten ausführen dürfen, die mit ihrem Job zusammenhängen".

Beschäftigte können erst Widerspruch gegen ihre Zwangsbeurlaubung einlegen, wenn sie mindestens einen Tag ohne Bezüge beurlaubt wurden.

Die Höhe der finanziellen Einbußen ist abhängig von der Höhe der Gehälter. In den restlichen Entlohnungsperioden des Haushaltsjahres werden die Betroffenen jeweils 20 Prozent weniger Geld bekommen. Ein Zivilbeschäftigter, der rund 100.000 Dollar pro Jahr verdient, verliert (in den noch verbleibenden drei Monaten bis zum Ende des Haushaltsjahres) monatlich rund 1.600 Dollar. Wer 40.000 Dollar pro Jahr verdient, erhält monatlich 600 Dollar weniger. Die Krankenversicherungsbeiträge und andere Abzüge werden aber nicht reduziert.

Die Sparmaßnahmen wirken sich auch unterschiedlich auf die US-Militäranlagen in verschiedenen Weltgegenden aus – auf das Pentagon am Potomac River ganz anders als auf kleinere US-Einrichtungen in Guam oder Zypern. In (dem US-Bundesstaat) Vermont werden mit 490 Betroffenen die wenigsten Zivilbeschäftigten in Zwangsurlaub geschickt, während es in Virginia fast 72.000 sind. In US-Einrichtungen im Ausland reicht die Anzahl von Zwangsbeurlaubten von einer Hand voll bis zu einigen Dutzend – nur in den Befehlsbereichen des EUCOM und des AFRICOM in Deutschland (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27209_071209.pdf) sind es über 13.000.

Wegen der Situation in Deutschland hat es Beschwerden gegeben; so hat der demokratische Senator Kay Hagan aus North Carolina (US-Verteidigungsminister) Hagel in einem Brief aufgefordert, die (gerade durchgesetzten) Lohnerhöhungen für deutsche Zivilbeschäftigte in den US-Basen in diesem Land zu stornieren. Er wies auf die mehr als 19.000 Zivilbeschäftigten in North Carolina hin, die durch die Zwangsbeurlaubung einen Verlust von etwa 64 Millionen Dollar hinnehmen müssten und verlangte von Hagel, erst einmal die 16 Millionen Dollar einzusparen, welche die Lohnerhöhung für die deutschen Zivilbeschäftigten in den Jahren 2013 und 2014 kostete.

Ihre Gewerkschaft hat durchgesetzt, dass die deutschen Zivilbeschäftigten (2013) eine Einmalzahlung von 500 Euro und ab Januar (2014) monatlich 30 Euro mehr bekommen.

Nach Aussage des Army-Sprechers Paul Prince liegt die Lohnerhöhung bei etwa 1 Prozent und ist damit genau so hoch, wie die Erhöhung, die der Präsident für die US-Zivilbeschäftigten vorgeschlagen hat.

Etwas mehr als 240.000 Zivilbeschäftigte des US-Verteidigungsministeriums werden nicht in unbezahlten Urlaub geschickt; die meisten von ihnen sind ausländische Staatsangehörige oder werden nicht durch zweckgebunden Mittel bezahlt. Auch fast 7.000 Mitarbeiter von Geheimdiensten und etwa 29.000 Arbeiter auf Werften der U.S. Navy sind vom Zwangsurlaub ausgenommen, weil ihr Arbeitsausfall mehr kosten würde, als durch ihre Zwangsbeurlaubung einzusparen wäre.

Weil der Kongress beschlossen hat, dass in den nächsten 10 Jahren rund 500 Milliarden durch Kürzungen nach der Rasenmäher-Methode einzusparen sind, plant das Pentagon, weitere Basen zu schließen, die Beiträge zur Krankenversicherung anzuhoben und nur noch geringe Lohnsteigerungen vorzunehmen. Da der Kongress aber die Schließung von Basen (in den USA selbst) strikt ablehnt, wird das Pentagon andere Ausgaben kürzen (oder Basen im Ausland schließen) müssen.

Die Obama-Regierung hat das Basisbudget des Pentagons für 2014 mit 526,6 Milliarden Dollar veranschlagt; das sind etwa 52 Milliarden mehr, als die 475 Milliarden Dollar, auf die sich Obama in den Sparbeschlüssen von 2011 mit den Republikanern geeinigt hatte.

(Wir haben den Artikel, der erneut bestätigt, dass die US-Streitkräfte wirklich sparen müssen, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und einem Link in Klammern versehen. Einheimische Zivilbeschäftigten bei den US-Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland werden nicht in Zwangsurlaub, sondern nach und nach ganz nach Hause geschickt. Wie DIE RHEINPFALZ am 12.07.13 berichtete, wird das 21. Theater Sustainment Command der U.S. Army in Kaiserslautern [weitere Infos dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP18307_030907.pdf] Anfang 2015 erst einmal 300 bis 400 deutsche Zivilbeschäftigte entlassen. Dabei wird es aber nicht bleiben, denn alle US-Teilstreitkräfte wollen sich mittelfristig von allen "ausländischen" Zivilbeschäftigten trennen, damit ihnen niemand mehr in die Karten schauen kann. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

STARS AND STRIPES®

Furloughs begin next week for thousands of DOD civilians

By LOLITA C. BALDOR, The Associated Press

Published: July 5, 2013

WASHINGTON — More than 650,000 civilian Defense Department workers will begin taking the first of their 11 unpaid days off next week, but the cut in salary they will see in the three months may pale compared to what officials worry could be larger scale layoffs next year.

Roughly 85 percent of the department's nearly 900,000 civilians around the world will be furloughed, according to the latest statistics provided by the Pentagon. But while defense officials were able to shift money around to limit the furloughs this year, there are widespread worries that if automatic budget cuts go forward for 2014, thousands of civilian, military and contract jobs could be on the chopping block.

Defense Secretary Chuck Hagel is expected to provide senators with more details early next week on how the next wave of across-the-board budget cuts will affect the department, said Pentagon press secretary George Little. But while defense officials have not yet released details on the impact of the cuts, Gen. Ray Odierno, the Army's chief of staff, has warned that as many as 100,000 more active-duty, National Guard and Reserve soldiers could lose their jobs if Congress allows billions of dollars in automatic budget cuts to continue next year.

Initial hopes that the number of furlough days could be reduced have largely been dashed. Instead, talk is focused more on how to slash spending in 2014. The department can only force workers to take 22 furlough days per year, thus the need for worker layoffs has been getting more traction to achieve savings.

In the coming weeks, however, civilian employees ranging from top-level policy advisers to school teachers and depot workers will not be answering their phones or responding to emails for one day a week through the end of the fiscal year on Sept. 30. The department estimates the savings will be between \$1.9 billion and \$2.1 billion.

Managers across the department have been given some flexibility in how they schedule the days off during each two-week pay period. But they also are dealing with complex legal requirements that in many cases prevent them from using military personnel to fill in for the absent civilians.

"There's going to be perhaps some degradation of mission across the department, and because of reduced work schedules for 650,000 employees," Little said. "We knew that going in, and we knew that would be a problem, and we've tried to take steps to ensure that top-priority missions across the department aren't disproportionately affected.

In some cases, supervisors will try to accommodate workers who manage to find some other part-time, temporary job to help ease the fiscal pain, although they are limited in the types of employment they can take.

"We realize the impact that furloughs have on the morale of our civilian workforce, and it's unfortunate that we have been forced into this series of choices," Little said. "But there was really no set of good choices here."

Civilians have been getting their furlough letters sporadically for the last few weeks. The letters tell them that during their furlough time, "you will not be permitted to serve as an unpaid volunteer, must remain away from your workplace, and are prohibited from performing any work-related duties."

Civilians can appeal the furloughs once they have actually taken one of the unpaid days off.

The monetary impact for individuals varies widely, depending on salaries. But workers will effectively receive a 20 percent salary cut each pay period for the rest of the fiscal year. For a civilian making roughly \$100,000 a year, that will mean about \$1,600 in lost pay

each month. Someone making \$40,000 a year would get \$600 less a month. Health care and other paycheck deductions would not decrease.

The impact also varies dramatically in military installations and defense offices around the world, from the massive five-sided office building near the Potomac River to smaller work places in Guam or Cyprus. Vermont has the fewest Defense Department civilians on furlough, with about 490, while Virginia easily has the most with nearly 72,000. For the most part, the number of furloughed civilians in other countries ranges from a handful to several dozen, but in Germany — where U.S. Africa Command and U.S. European Command are based — the number exceeds 13,000.

The situation in Germany has triggered complaints, including a letter from Sen. Kay Hagan, D-N.C., asking Hagel to halt a pay raise for German civilians working at the U.S. bases in that country. Noting that more than 19,000 civilian workers in North Carolina will be furloughed — for a total loss in pay of about \$64 million — she said Hagel should stop the \$16 million in pay hikes for the German workers during 2013-14.

Under a union agreement, the German workers will get a one-time payment of 500 euros and a 30 euro-a-month pay increase beginning in January.

According to Army spokesman Paul Prince, the raise does not exceed 1 percent, which is similar to what the president proposed for federal workers.

A bit more than 240,000 defense department civilians are exempt from the furloughs, with the bulk of those being foreign nationals or workers not paid through appropriated funding. Nearly 7,000 defense intelligence workers are exempt, along with about 29,000 workers at Navy shipyards, where officials worried that the harm to shop maintenance would end up costing more than the salary cuts would save.

Congress has set in motion about \$500 billion in across-the-board budget cuts over 10 years, forcing the Pentagon to come up with wide-ranging plans for closing bases, raising health care fees and smaller pay raises. But Congress' adamant opposition to base closures will mean the department will have to find savings elsewhere.

The Obama administration has proposed a base budget of \$526.6 billion for 2014 for the Pentagon, about \$52 billion more than the \$475 billion level established by the spending cuts set in the 2011 budget agreement between Obama and congressional Republicans.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern